

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Dirk Geilen

Rücktritt der 'United Front'-Regierung - Neuwahlen

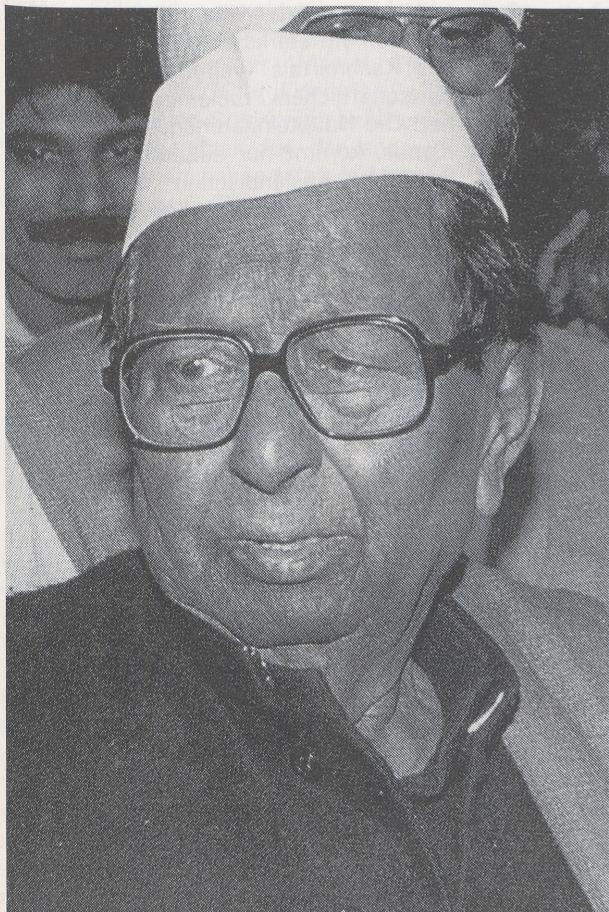
Nach dem Rücktritt der 'United Front'-Regierung unter I.K. Gujral löste der Staatspräsident K.R. Narayanan am 4. Dezember das indische Unterhaus, die 'Lok Sabha', auf und verkündete Neuwahlen, die vor dem 15. März 1998 abgehalten werden sollen. Alle Versuche einer neuen Regierungsbildung waren zuvor gescheitert.

Vorausgegangen war eine seit dem 8. November schwelende innenpolitische Krise, die in dem Entzug der parlamentarischen 'Congress'-Unterstützung für die amtierende Minderheitskoalition gipfelte. An diesem Tag sickerten durch die Veröffentlichung in einem indischen Nachrichtenmagazin Ergebnisse aus dem 'Jain-Untersuchungsbericht' durch, der die näheren Umstände von Rajiv Gandhis Ermordung im Sri

perumbudur, Tamil Nadu, am 21. Mai 1991 aufarbeiten sollte. Der bereits Ende August an den Innenminister Indrajit Gupta ausgehändigte 5.280 Seiten umfassende Bericht kommt zu dem Schluß, daß der frühere und jetzige Ministerpräsident Tamil Nadus, M. Karunanidhi, und seine Partei, die 'Dravida Munnetra Kazhagam' (DMK), Mitverantwortung für die Ermordung des Kongreß-Politikers Rajiv Gandhi tragen. Die Resultate der Ein-Mann-Kommission von Richter M.C. Jain belasten ebenfalls die früheren Premierminister V.P. Singh und Chandra Shekhar. Ihnen werden eklatante Versäumnisse beim Schutz Gandhis vorgeworfen. Auch Finanzminister P. Chidambaram werden Verstrickungen in die Affäre nachgesagt.

Karunanidhi und seiner Partei wird vorgeworfen, nach dem Wahlsieg 1989 intensive Kontakte zu führenden Kadern der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam'

(LTTE) unterhalten zu haben. Ein von der LTTE organisiertes Sprengstoffattentat führte 1991 zum Tod Gandhis. Eingeräumt wird, daß der Grundstein zur Unterstützung militanter tamilischer Rebellen bereits in der Ära der 'Congress'-Regierung in Delhi beziehungsweise der 'All-India Anna Dravida Munnetra Kazhagam' (AIADMK) in Tamil Nadu gelegt wurde. Der logistische sowie materielle Beistand in Form von Waffen, Munition, Sprengstoffen etc. sei, dem 'Jain-Bericht' zufolge, jedoch selbst nach einer fundamentalen Einstellungsänderung Delhis gegenüber der LTTE 1987 durch DMK fortgesetzt worden. Im selben Jahr kam es durch die Unterzeichnung des 'Indo-Sri Lanka Accord' zur Intervention der indischen Armee in den Sri Lanka-Konflikt sowie zu Kämpfen zwischen den 'Indian Peace Keeping Forces' und der LTTE. Daraufhin hätte die LTTE die Unterstützung Karunanidhis gesucht und durch dessen Wahlsieg



'Congress'-Präsident Kesri plädiert für Sonia Gandhi als Premierministerin (Foto: 'Frontline')

1989 ihre Position gefestigt. Der den Rebellen gewährte Freiraum sei jedoch nur mit Duldung der von 1989-91 in Delhi regierenden 'Janata-Dal' unter V.P. Singh und Chandra Shekhar möglich geworden.

Die gegen den Ministerpräsidenten Karunanidhi erhobenen Vorwürfe gehen dabei soweit, daß Zeugenaussagen früherer LTTE-Aktivistinnen ihn belasten, selbst bei politischen Mordattentaten ins Vertrauen gezogen worden zu sein. Er bestreitet die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen und bemerkt, daß seine Partei zum Zeitpunkt des Attentats Tamil Nadu seit vier Monaten nicht mehr regiert habe.

In die politisch entscheidende Phase trat die Kontroverse um den Untersuchungsbericht, als am 20. November der 'Jain-Bericht' unter zum Teil tumultartigen Szenen im Parlament debattiert wurde. Zuvor bereits hatte Sitaram Kesri, der Präsident der 'Congress'-Partei, der 'United Front' ein Ultimatum gestellt, die DMK innerhalb von 72 Stunden aus der Koalition zu entfernen.

Im Gegensatz zur Regierungskrise im Frühjahr, als dem Druck des 'Congress' nach Absetzung des Premierministers nachgegeben wurde, wies die 13-Parteien-Koalition die Forderung Kesris zurück. Nach einer Verhandlungswoche ohne substantielle Annäherungen zwischen den politischen Gegnern entzog der 'Congress' der 'United Front' die Unterstützung, woraufhin diese zurücktrat. Die sich daran anschließenden Versuche der verbleibenden drei Blöcke - besonders des 'Congress' sowie der Hindu-Nationalisten und ihrer Verbündeten - eine Regierung zu bilden, schei-

terte indes in Ermangelung erwarteter Überläufer.

Dem Präsidenten blieb bei der politischen Pattsituation letztendlich kein anderer Ausweg, als die elften 'Lok Sabha' aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen (siehe hierzu auch den Kommentar).

Terror in Tamil Nadu

Am 6. Dezember 1997, dem fünften Jahrestag von Ayodhya, kam es im Bundesstaat Tamil Nadu zu drei Bombenanschlägen auf Schnellzüge, die neun Passagiere töteten und über 60 verletzten. Die Täter werden muslimisch-fundamentalistischen Gruppen zugerechnet, die - so wird gemutmaßt - Vergeltung für das Schleifen der Babri-Moschee von Ayodhya üben wollten.

Möglicherweise müssen die Terrorakte aber auch mit den seit Ende November in Coimbatore herrschenden Unruhen in Verbindung gebracht werden, in deren Verlauf 15 Menschen starben und Dutzende verletzt wurden. Die Gewalt in der südindischen Millionenstadt entzündete sich an der Ermordung eines Verkehrspolizisten, der durch muslimische Anhänger der fundamentalistischen 'Al Umma' getötet worden sein soll. Protestkundgebungen der Polizisten Coimbatores mündeten ebenfalls in Gewalt. Armee und angeforderte Kräfte der 'Rapid Action Force' (RAF) brachten die immer wieder aufflackernden Gewalttätigkeiten, welche auch durch hindu-radikale Gruppen angeheizt wurden, nur langsam unter Kontrolle.

Der Ministerpräsident M. Karunanidhi gerät somit nicht nur durch die Ergebnisse des 'Jain-Untersuchungsberichts'

(s.o.) zunehmend unter Beschuß. Auch innenpolitisch wird Kritik an der DMK-Regierung laut, daß dieser die 'law and order'-Situation entgleite und sich eine "Kultur des Bombens" in Tamil Nadu etabliere.

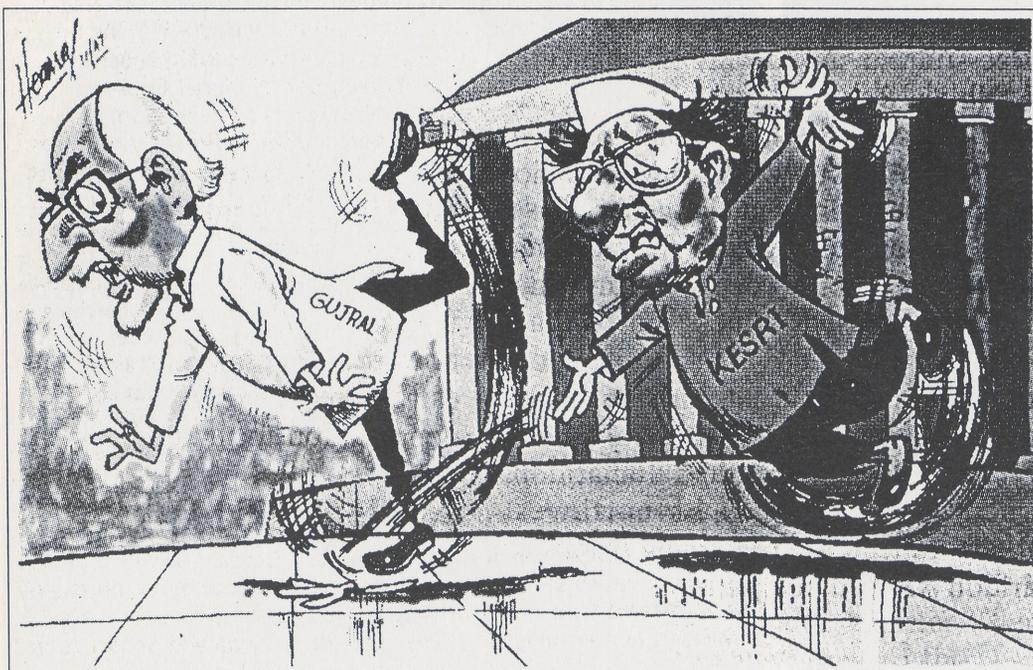
Kashmir

Im September 1996 wurde Farooq Abdullah zum vierten Male als Ministerpräsident des Bundesstaates Jammu und Kashmir vereidigt. Nach 15 Monaten im Amt hält sich die 'National Conference'-Regierung zugute, daß sich die Sicherheitslage heute entspannter darstelle, als von vielen Kritikern angenommen. Durch anhaltenden massiven Einsatz der Armee, paramilitärischer Einheiten und der Hilfe abtrünniger 'Warlords' scheint der Widerstand militanter Gruppen geschwächt. Oppositionelle beklagen, daß diese Strategie weiterhin zu eklatanten Verletzungen der Menschenrechte führe.

Doch Abdullahs Amtszeit muß sich auch an den im Wahlkampf gemachten Versprechen eines Autonomie-Status für Jammu und Kashmir und einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation messen lassen. Die im letzten Jahr getätigten privaten Investitionen jedenfalls spiegeln deutlich die im Bundesstaat herrschenden regionalen Disparitäten wider: In die Jammu-Region wird weiterhin investiert, während das von den Unruhen am stärksten betroffene Gebiet des Kashmirals weiterhin mit großen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat. Die Haupteinnahmequelle, der Tourismus, kommt nur äußerst schleppend in Gang. Ausländischen Touristen ist nach wie vor das immer noch ungeklärte Schicksal der westlichen Geiseln im Gedächtnis.

Zudem wird der Regierung und der Bürokratie Mißmanagement bei den von Delhi bereitgestellten Finanzspritzen vorgeworfen. Große Probleme bei der diesjährigen Obsternte sowie große Teile der Region heimsuchende Überflutungen haben zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Situation beigetragen.

Politisch muß sich die Regierung der Kritik stellen, durch Inaktivität auf der Lokalebene, ein Vakuum geschaffen zu haben, das nach und nach von Hindu-Nationalisten in Jammu beziehungsweise islamischen Fundamentalisten im Kashmiral ausgefüllt wird. Die für den März 1998 anbe-



(aus: 'Asiaweek')

raumten Kommunalwahlen lassen ein Erstarken radikaler Kräfte befürchten.

Hinzu kommt, daß der Bericht der Autonomie-Kommission wohl auch aufgrund seiner potentiellen politischen Brisanz noch nicht vorgelegt wurde. Von einer Autonomie-Regelung ist Abdullah damit noch weit entfernt. Dabei basierte sein Optimismus bezüglich der Realisierbarkeit einer solchen auf den in Delhi herrschenden Machtverhältnissen. Die 'United Front'-Regierung in Delhi, der auch die 'National Conference' angehörte, ist jedoch zurückgetreten - die möglichen Konsequenzen für den Normalisierungsprozeß in Kashmir sind derzeit noch nicht absehbar.

Neues Massaker in Bihar

Bei dem bisher schlimmsten Massaker einer Privatarmee hochkastiger Landbesitzer sind am 1. Dezember 61 Menschen getötet worden, darunter 22 Frauen und 17 Kinder. Mehrere Hundert Mitglieder der 'Ranbir Sena' überfielen gegen Mitternacht das Dorf Lakshmanpur-Bathe im Distrikt Jahanabad und überraschten ihre Opfer, ausschließlich Dalits und Angehörige der ebenfalls niedrigen Mullah-Kaste (traditionell Bootsleute), im Schlaf.

In den Distrikten West- und Zentralbihars bekämpfen sich seit Jahren Dalits unter Führung naxalitischer (maoistischer) Untergrundkämpfer wie der 'Party Unity' oder des 'Maoist Communist Centre' (MCC) auf der einen und ein gutes Dutzend Söldnertruppen hochkastiger Landbesitzer auf der anderen Seite. Wiederholt haben letztere Massaker an wehrlosen Zivilisten begangen. Ob im Fall von Lakshmanpur-Bathe örtliche Landkonflikte zwischen Bhumihars (eine der hohen Kasten) und den Dalits der Auslöser waren, oder ob die Privatarmee "nur" ein Exempel statuieren wollte, ist unklar. In der Region war die CPI (Marxist-Leninist), eine naxalitische Partei, die inzwischen den Untergrund verlassen hat, unter den landlosen Bauern aktiv.

Obwohl die 'Ranbir Sena', zu deren Aktionsgebiet die Distrikte Jahanabad, Patna und Bhojpur gehören, verboten ist, hat die Polizei bislang keine nennenswerten Erfolge gegen sie erzielt. Vor dem jüngsten Massaker hat es offenbar Warnungen gegeben, die von den Sicherheitskräften ignoriert wurden. Entsprechend wachsen die Anschuldigungen, die Behörden deckten die 'Ranbir Sena'. Die BJP erneuerte in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach Absetzung der Landesregierung, weil diese die steigende Kriminalität nicht kontrollieren könne; linke Parteien hingegen werfen der BJP vor, hinter der 'Ranbir Sena' zu stehen.

Laloo aus der Haft entlassen

Der frühere Ministerpräsident Bihars, Laloo Prasad Yadav, ist unterdessen in Patna gegen Kautions aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Laloo wird eine Verwicklung in den "Futtermittel-Betrugsskandal" vorgeworfen, bei dem Staatsgelder in Millionenhöhe durch fingierte Abrechnungen unterschlagen wurden. Auch im Gefängnis war es ihm möglich, führende Politiker zu treffen und über die Position seiner Partei 'Rashtriya Janata Dal' unter den neuen Kräfteverhältnissen auf Bundesebene zu verhandeln. Laloo bestreitet, die Landesregierung unter seiner Frau Rabri Devi zu kontrollieren. Rabri Devi besitzt keinerlei politische Erfahrung und begegnet politischen Problemen wie dem jüngsten Streik der Staatsbediensteten in der Regel durch "Aussitzen".

BJP-Regierung in Lucknow schlägt alle Rekorde

Die politische Lage im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) beschäftigt die indische Öffentlichkeit weiter (siehe 'Südasiens', 6/97). Zunächst hatte die Unentschlossenheit der Zentralregierung darüber, ob 'President's Rule' zu verhängen sei oder nicht, und die schwierige Lage des 'Congress' nach der erneuten Spaltung der Partei in UP die unter Kalyan Singh regierende BJP wie den Gewinner aussehen lassen; anschließend hat aber besonders die beispiellose Aufblähung des Kabinetts dem Ansehen der Hindu-Nationalisten geschadet. Als Belohnung hatte Kalyan Singh allen Überläufern der anderen Parteien (besonders 'Congress', aber auch BSP) einen Ministersessel angeboten und steht nun einer Regierung mit 93 Ministern vor. Ein weiterer Rekord ist, daß von diesen 33 krimineller Vergehen verdächtigt werden, die bis zum neunfachen Mord reichen. Damit ist die BJP-Strategie, sich den Wählern als "saubere Alternative" zu präsentieren, offensichtlich einem neuen Ansatz gewichen: In zunehmendem Maße wurde spekuliert, daß auch auf Bundesebene 'Congress'-Abgeordnete die BJP unterstützen und ihr so zu einer Mehrheit verhelfen könnten - ein Grund dafür, daß besonders die linken Parteien auf eine rasche Auflösung der Lok Sabha nach dem Rücktritt von Premier Gujral drängten. Der 'Anti-Defection Act', der derartigen Abwerbungen einen Riegel verschieben soll, wird als ineffizient kritisiert. Um zu verhindern, daß einzelne Parlamentarier bei Vertrauensabstimmungen "gekauft" werden können, verlangt das Gesetz, daß sich über ein Drittel der Fraktion abspalten muß,

andernfalls werden von der Fraktionslinie abweichende Abgeordnete mit Mandatsentzug bestraft. Dementsprechend hat die BSP versucht, rechtliche Schritte gegen zwölf ihrer 66 Mandatsträger einzuleiten, die die Fraktionsdisziplin verletzt haben - bislang allerdings ohne Erfolg.

Während Kalyan Singhs Coup dem Vernehmen nach von höchsten Kreisen des hinter der BJP stehenden RSS ('Nationaler Freiwilligenbund') abgesegnet wurde, bedauern führende Politiker der Partei, einschließlich des Ex-Premierministers Vajpayee, daß das Bündnis mit der Dalit-Partei BSP geplatzt ist. In der Tat erscheint es fraglich, ob Überläufer, die fast ausschließlich aus hohen Kasten stammen (besonders Rajputs) eine langfristige Erweiterung der Wählerbasis ersetzen können. Die Auswirkungen der Entwicklung in UP auf die anstehenden 'Lok Sabha'-Neuwahlen ist noch nicht abzusehen: Die BJP wird sich schwertun, Bündnispartner zu finden, ebenso die BSP, die mit ihrer reinen Ausrichtung auf die Dalit-Wählerschaft die wichtigen mittleren Kasten ('other backward castes'), zu denen auch Kalyan Singh gehört, provoziert hat. Schließlich zeichnet sich ein neues Bündnis zwischen der 'Samajwadi Party' (Sozialistische Partei) von Verteidigungsminister Mulayam Singh Yadav und dem 'Congress' ab.

Waffenstillstand in Nagaland verlängert

Die indische Regierung hat den am 1. August in Kraft getretenen Waffenstillstand mit aufständischen Gruppen im nordöstlichen Bundesstaat Nagaland um weitere drei Monate verlängert. Bisher hat sich erst eine der Rebellen-Organisationen, der 'National Socialist Council of Nagaland (Isaac-Muivah)' (NSCN), an Gesprächen mit der Regierung beteiligt, die in der Schweiz stattfanden. Ein Durchbruch ist noch nicht in Sicht; ein Problem, das jede mögliche Einigung erschweren dürfte, ist die Forderung des NSCN, vorwiegend von Nagas bewohnte Gebiete des benachbarten Manipur mit Nagaland zusammenzuschließen. Unterdessen gehen Kämpfe zwischen rivalisierenden Fraktionen der Naga-Untergrundkämpfer weiter. Nach Angaben des Ministerpräsidenten Nagalands, S.C. Jamir, gegenüber der Zeitschrift 'Frontline' wurden dabei seit dem 1. August 130 Menschen getötet. Vertreter der 'Baptist World Alliance' erklärten ihre Bereitschaft, unter den Nagas zu vermitteln.

Der Konflikt in Nagaland gehört zu den ältesten im Nordosten. Bereits am 14. August 1947 hatten Naga-Separatisten unter dem legendären Phizo die

Unabhängigkeit Nagalands proklamiert.

Flüchtlingswelle in Mizoram/Tripura

Etwa 15.000 Reangs, Angehörige der zweitgrößten Bevölkerungsgruppe aus dem Bundesstaat Mizoram, sind über die Grenze nach Tripura geflohen. Sie sollen Verfolgungen durch Mizo-Jugendliche ausgesetzt gewesen sein. Hintergrund ist der militante Kampf von Reang-Gruppen für Autonomie-Rechte in Mizoram.

Tripura nimmt seit Jahren Einwanderer aus Bangladesh auf, was zu schweren politischen Spannungen geführt hat; gegenwärtig halten sich u.a. 50.000 Chakma-Flüchtlinge aus den zu Bangladesh gehörenden Chittagong Hill Tracts in Tripura auf.

Neuer 'Chief Minister' in Gujarat

Die vom 'Congress' unterstützte Minderheitsregierung der 'Rashtriya Janata Party' (RJP) in Gujarat ist unter dem neuen Ministerpräsidenten Dilip Parikh im Amt bestätigt worden. Parikh löst Shankarsingh Vaghela ab, wie der 'Congress' gefordert hatte. Manöver der oppositionellen BJP mit dem Ziel, 'Congress' und RJP zu spalten, hatten keinen Erfolg. Die RJP besteht zum großen Teil aus ehemaligen BJP-Abgeordneten, die sich von der Partei abgespalten haben.

Rao vor Gericht

Mit P.V. Narasimha Rao steht seit dem 4. November erstmals in Delhi ein ehemaliger Premierminister wegen Korruption vor Gericht. Die Anklage wirft Raos 'Congress'-Regierung vor, vier Abgeordnete der 'Jharkand Mukti Morcha' (JMM, Jharkand-Befreiungsfront) vor ei-

ner Vertrauensabstimmung im Unterhaus im Juli 1993 bestochen zu haben, um sich eine Parlamentsmehrheit zu sichern. Einer der beteiligten JMM-Vertreter sagte am ersten Verhandlungstag als Kronzeuge gegen Rao aus. Dem Prozeß wird angesichts der in Indien weit verbreiteten Politikerverdrossenheit besondere Bedeutung zugemessen.

Nun auch Flüge zu den Lakkadiven

Die Inselgruppe der Lakkadiven westlich von Indien wird von 'Indian Airlines' seit neuestem an fünf Tagen pro Woche angefliegen. Die eingesetzte Dornier startet täglich außer Dienstag und Samstag vom südindischen Cochin zu dem einzigen Flughafen der Lakkadiven auf Agatti. Bangaram, die einzige für Ausländer zugängliche Insel der Lakkadiven, ist vor allem für Taucher aufgrund der dortigen Korallenriffe beliebt. Indien erwägt, eine weitere unbewohnte Insel der Lakkadiven für den Tourismus zu erschließen. Die einfachen Bungalows auf Bangaram bieten derzeit nur Platz für 60 Gäste.

Priester gedemütigt

Wie erst im November bekannt wurde, kam es Anfang September zu tätlichen Angriffen gegen den katholischen Priester Christudas, der von einer aufgebracht Studentenmenge nackt durch die Straßen von Dumka im Bundesstaat Bihar getrieben wurde. Ihm wird als Lehrer einer Schule vorgeworfen, sich sexuell an einem 15-jährigen Schüler vergangen zu haben. Sicherheitskräfte, die den Vorfall beobachteten und den Priester zunächst in Sicherheit brachten, ließen es zu, daß er nach einer kurzen Unterbrechung erneut den Gewalttätigkeiten ausgesetzt wurde.

Der Priester befindet sich seit diesem Vorfall in Untersuchungshaft.

Indien-Visum billiger

Indien hat die als überhöht kritisierte Gebühr für das Touristenvisum von 70 auf 55 Mark gesenkt. Das ab dem Tag der Ausstellung sechs Monate gültige Visum berechtigt zu mehrmaligen Einreisen. Ausgestellt wird das Papier von der Indischen Botschaft in Bonn, den Konsulaten in Frankfurt, Hamburg und Berlin sowie dem Visa-Büro in München.

Adivasi-gerechte Entwicklung: Eine Herausforderung

Warum ein "Code of Conduct" das Überleben sichert? Tagung in der Ev. Akademie Bad Boll vom 9. bis 11. Februar 1998.

Indigene Völker, so auch die Adivasi in Indien, leben unter prekären politischen und sozialen Herrschaftsverhältnissen, meist ohne Teilnahme und Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn überhaupt, sind es bislang Nichtregierungsorganisationen, die Leitbilder und Richtlinien im Sinne eines Verhaltenskodex ('Code of Conduct') anmahnen, um die Respektierung der kulturellen Vielfalt der Adivasi sowie umgekehrt die Anpassung der Entwicklung an deren Bedürfnissen und Interessen zu erreichen. Die Tagung in Bad Boll unternimmt den Versuch, die Diskussion über einen "Code of Conduct" zur Sicherung existentieller Menschenrechte in die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft hineinzutragen. Ein erster Versuch wird auf seine Realisierbarkeit hin überprüft.

Das Programm ist über das Bundesbüro der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Theodor Rathgeber, erhältlich. Postfach 2024, 37010 Göttingen.

Kommentar

Was nun, Indien?

Nun hat sie es also wieder geschafft, die 'Congress'-Partei, eine amtierende Regierung durch Entzug ihrer Tolerierung zu Fall zu bringen. Am 11. April hatte Deve Gowda bereits als Premier abtreten müssen und nun Inder Kumar Gujral samt seiner 14-Parteien-Regierungskoalition der 'Vereinigten Front'.

Dem 'Congress' um den 80-jährigen greisen Parteipräsidenten Sitaram Kesri ist offenkundig eine ausgeprägte 'libido dominandi' eigen - ein unbedingter Wille zu herrschen. Man hatte ja auch - von kurzen Intermezzi abgesehen - jahrzehntelang den politischen Prozeß des Landes dominieren und die Macht monopoli-

sieren können, ehe man sie dann im Frühjahr des vergangenen Jahres an das 'Front'-Bündnis verlor. Das hat man nie verwunden und seitdem lauerten die Epigonen der Nehrus und Gandhis auf jede sich bietende Chance, die amtierende Regierungskoalition zu destabilisieren und ihr am Ende die Arbeitsgrundlage zu entziehen.

Da kam der Bericht der Ein-Mann-Kommission des Richters Milap Chand Jain, der sogenannte 'Jain-Report', über die Hintergründe des Attentats auf Rajiv Gandhi 1991 sowie die Fahrlässigkeiten und Sicherheitsdefizite der damaligen Zentral- bzw. der Landes-